



SP fordert: Zu viel bezahlte Krankenkassenprämien müssen zurückerstattet werden!

Zwischen 1996 und 2011 zahlten die Versicherten in neun Schweizer Kantonen zusammen fast zwei Milliarden zu viel an Krankenkassenprämien. Diese wurden von den Versicherern verwendet, um Reserven in der obligatorischen Krankenversicherung anzuhäufen. Gemäss den Zahlen, welche das BAG Ende 2012 publizierte, zahlten die Waadtländer 602 Millionen zu viel, die Zürcher 465 Millionen, die Genfer 350 Millionen, die Tessiner 140 Millionen, die Thurgauer 82 Millionen, die Freiburger 23 Millionen und die Neuenburger 22 Millionen. Der Pro-Kopf-Betrag schwankt in den betroffenen Kantonen zwischen 133 und 955 Franken – also kein Pappenstiel!

Die drei Bundesräte, welche seit 2007 dem EDI vorstanden, hatten dieses Problem erkannt. Die eidgenössischen Räte verabschiedeten zudem mehrere Vorstösse, damit die ungerechtfertigt einkassierten Prämien wieder zurückgezahlt werden können. Der Bundesrat schlug darauf einen Kompromiss vor: Die Hälfte der zu viel eingezahlten Gelder sollte während sechs Jahren über die Rückerstattung der CO₂-Abgabe bezahlt werden. Die 26 kantonalen Gesundheitsdirektoren hatten einen anderen Vorschlag gemacht: Die Versicherer sollten während drei Jahren die zu viel bezahlten Prämien zurückerstatten. Doch keine dieser Lösungen fand die Gnade der ständerätlichen Gesundheitskommission! Gewiss sieht das neue Bundesgesetz über die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung vor, dass künftig die zu viel bezahlten Prämien im darauffolgenden Jahr zurückerstattet werden. Doch dies löst nicht die Probleme der Vergangenheit!

Das Malaise mit den Prämien zeugt aber von einem systematischen Problem: Die SP fordert deshalb per Volksinitiative gemeinsam mit Gewerkschaften, Konsumenten- und Patientenorganisationen eine einzige öffentliche Krankenkasse. Dieser Systemwechsel legt die Basis für eine Grundversicherung, die allen und nicht bloss den Interessen einiger weniger dient.

Die SP fordert zudem, dass die gemachten Versprechen endlich eingehalten werden. Diese Ungerechtigkeit muss vollumfänglich und so rasch als möglich beseitigt werden. Mit der vorliegenden Resolution ruft die SP dazu auf, die Petitionen zu unterstützen, welche das Parlament aufrufen, den bundesrätlichen Vorschlag zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes zu unterstützen und die Rückerstattung der zwischen 1996 und 2011 zu viel bezahlten Prämien zu ermöglichen.